

I. Die Grundversorgung mit Postdiensten ist ohne Briefmonopol besser gewährleistet.

Der Wegfall der Exklusivlizenz der Deutschen Post AG für Briefe bis 50 Gramm ab dem 1. Januar 2008 gefährdet nicht die Grundversorgung mit Postdiensten (Universaldienst) in Deutschland. Das Gegenteil ist der Fall.

- 1.1. Die Aufhebung des Briefmonopols wird nicht zu einer Absenkung des Versorgungsniveaus der Deutsche Post AG führen.
 - Das deutsche Postgesetz (§§ 12 bis 17) schreibt detailliert vor, in welcher Form und auf welche Weise der Universaldienst nach Auslaufen des Briefmonopols zu gewährleisten ist. Die Grundversorgung kann ausgeschrieben werden, oder bestimmte Postdienstleister können zur Finanzierung dieser Grundversorgung mit herangezogen werden. Ein Wettbewerb nach unten droht damit nicht.
 - Die Deutsche Post AG hat seit Beginn der schrittweisen Liberalisierung in Deutschland 1997 die Zahl der Postfilialen bereits um 18% gesenkt und damit die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von 12.000 Filialen nahezu erreicht. Weitere Schließungen sind nicht möglich, solange die Post-Universaldienstleistungsverordnung nicht geändert wird.
- 1.2. Die privaten Wettbewerber der Deutsche Post AG werden dazu beitragen, dass auch im Bereich der Grundversorgung das Angebot an Postdienstleistungen verbessert wird.
 - Es trifft nachweisbar nicht zu, dass die privaten Wettbewerber der Deutsche Post AG sich primär auf die Ballungsräume konzentrieren. Sie sind im Gegenteil, wie die Bundesnetzagentur belegt, vorrangig in ländlichen und strukturschwachen Gebieten wie den neuen Bundesländern aktiv und haben eine große Bedeutung für die Wirtschaft dieser Länder.
 - Es liegt gerade im Eigeninteresse der großen privaten Briefbeförderer, eine Dienstleistung anzubieten, die auch im Hinblick auf die Flächenabdeckung mit den Standards der Deutsche Post AG mithalten kann.

II. Es liegt im Interesse Deutschlands, den Briefmarkt 2008 auch dann zu öffnen, wenn andere EU-Länder ihre Briefmärkte nicht öffnen.

- 2.1. Die angebliche Benachteiligung der Deutsche Post AG durch eine einseitige Öffnung des deutschen Postmarkts für ausländische Wettbewerber ist lediglich ein von Partikularinteressen geleitetes Argument, mit dem Ziel, die Öffnung 2008 zu verhindern.
- 2.2. Vor allem die deutschen Postkunden – Verbraucher wie Unternehmen – würden durch eine Aufschiebung der Liberalisierung geschädigt. Sie wären weiterhin gezwungen, Monopolpreise an die Deutsche Post AG zu entrichten, und kämen nicht in den Genuss verschiedenartiger Leistungsangebote.
- 2.3. Es stimmt nicht, dass vor allem *ausländische* Wettbewerber von der Aufhebung des Briefmonopols profitieren würden. Es sind viele *inländische* Wettbewerber am deutschen Markt tätig, die von der Aufschiebung der geplanten Monopolaufhebung negativ betroffen wären. Ihre bereits getätigten Investitionen würden durch die Weiterführung des Briefmonopols massiv an Wert verlieren.
- 2.4. Es trifft zu, dass die Deutsche Post AG als Folge der Liberalisierung Nachteile hätte. Insbesondere könnte sie nicht länger mit der Absicherung durch ihre deutschen Monopolgewinne ausländische Märkte attackieren und erobern. In der Vergangenheit hat diese Strategie dazu geführt, dass die Deutsche Post AG, gestützt durch die inländischen Monopolgewinne, im Ausland Unternehmen erworben und Arbeitsplätze geschaffen hat, während sie die Zahl ihrer Mitarbeiter in Deutschland in erheblichem Umfang – 34.000 in sechs Jahren – reduzierte.

III. Die Aufhebung des Briefmonopols schafft Arbeitsplätze in Deutschland.

Von der Aufhebung des Briefmonopols profitieren vor allem auch deutsche Arbeitsuchende.

- 3.1. Die Wettbewerber der Deutsche Post AG – deutsche wie ausländische Unternehmen – vernichten keine Arbeitsplätze, sondern schaffen im Gegenteil neue und zusätzliche, und zwar in Deutschland. Denn Arbeitsplätze im Postdienstleistungsbereich können – im Gegensatz zu den Arbeitsplätzen in vielen anderen Wirtschaftszweigen – nicht in andere Länder verlagert werden, weil nahezu sämtliche Postleistungen vor Ort erbracht werden müssen. Während die Deutsche Post AG Arbeitsplätze abgebaut hat, haben die Wettbewerber in den letzten sechs Jahren knapp 29.000 Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen, Tendenz steigend.
- 3.2. Die Aufhebung des Briefmonopols wird die Schaffung weiterer Arbeitsplätze beschleunigen, indem sie es Wettbewerbern ermöglicht, das gesamte Leistungsspektrum anzubieten. Mittelfristig können so netto 31.000 Voll- und Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden.

IV. Die Abschaffung des Briefmonopols wird nicht zu „Lohn-Dumping“ führen.

Die Marktöffnung wird, wenn gleiche Wettbewerbsbedingungen durchgesetzt werden, zu marktgerechten Löhnen führen.

- 4.1. Die vollständige Freigabe des Briefmarktes durch die Aufhebung des Briefmonopols wird die Schaffung vollwertiger und marktgerecht entlohnter Arbeitsplätze beschleunigen, indem sie es Wettbewerbern ermöglicht, sowohl einen festen Kundenstamm aufzubauen als auch das gesamte Leistungsspektrum anzubieten, so dass diese Unternehmen effizienter agieren können. Dies wird sich auch positiv auf die Entlohnung auswirken.
- 4.2. Das Postgesetz sieht vor, dass die von privaten Postunternehmen bezahlten Löhne das ortsübliche Lohnniveau für vergleichbare Tätigkeiten nicht erheblich unterschreiten dürfen. Damit wird „Lohndumping“ bereits gesetzlich vermieden.
- 4.3. Die heutigen Löhne der Deutsche Post AG werden freilich einem Wettbewerbsdruck ausgesetzt werden. Dies ist auch sachgerecht. Denn wie generell bei staatlich geschützten Monopolen ist auch bei der Deutsche Post AG in der Vergangenheit ein nicht marktgerechtes Niveau der Löhne und Beamtengehälter eingetreten, das auf Kosten der Postkunden aus den Monopoleinnahmen finanziert wurde. Die privaten Wettbewerber stehen dagegen im Wettbewerb und sind daher gezwungen, marktgerechte Löhne zu bezahlen.
- 4.4. Bisher besitzt die Deutsche Post AG durch die Mehrwertsteuerbefreiung den privaten Wettbewerbern gegenüber einen Preisvorteil von 19%. Dies hat die Wettbewerber in der Vergangenheit dazu gezwungen, den dadurch bedingten Kostennachteil anderweitig auszugleichen. Da Personalkosten den größten Kostenfaktor für Postunternehmen darstellen, hat dies bei den privaten Anbietern zwangsläufig zu einem Lohndruck nach unten geführt. Wenn diese Benachteiligung nach dem Wegfall des Briefmonopols korrigiert wird, besteht auch bei den privaten Postanbietern Raum für Lohnanstiege.